

Skrupellose Atommacht

Uranabbau in Meghalaya

P. B. M. Basaiawmoit

Meghalaya (übersetzt: „Über den Wolken“) ist ein Bundesstaat im Nordosten Indiens, der nicht zuletzt durch zwei indigene Gesellschaften bekannt geworden ist, die einer matrilinearen Tradition folgen: die *Khasi* und die *Garo/Achik*. Unbeschadet der aus dem Namen sprechenden Heilwelt-Vorstellung wurde in Meghalaya bereits 1992 mit ersten Sondierungen zum Uranabbau begonnen. Leider hatte es die damalige Landesregierung versäumt, den Abbau zumindest Regeln zu unterwerfen. Die Aussicht auf Reichtum spülte, damals wie heute, alle Bedenken hinweg.

Alles, was in Indien mit Uran zu tun hat, unterliegt größter Geheimhaltung. Insofern verwundert es nicht, dass ab 1991 im Abbaugelände ein Großaufgebot aus Soldaten der indischen Armee, paramilitärischen Truppen, wie der *Central Reserve Police (CRPF)*, sowie Grenzschützern (*Border Security Force, BSF*) stationiert wurden. Zu Hilfe genommen wurde außerdem die Notstandsverordnung gemäß des *Armed Forces (Special Powers) Act* von 1958 (AFSPA). AFSPA erlaubt, das Gebiet unter strengster Zugangskontrolle zu stellen. Alle, die sich zu sehr für den Uranabbau interessierten, wurden in Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei verhaftet. Auch heute sehen sich Studierende in Meghalaya, die an der Spitze des lokalen Protestes gegen den

Uranabbau stehen, der Drohung gegenüber, willkürlich aus dem Verkehr gezogen zu werden. Die *Khasi-Studierendenunion* rief am 16. März 2017 in Shillong (Hauptstadt von Meghalaya) zum Protest gegen den Uranabbau auf. Unter dem Vorwand, Terrorismus bekämpfen zu wollen, schritten indische Sicherheitskräfte sofort ein, unterbanden den Protest und machten Jagd auf die Protestierenden.

Meghalayas Reichtum und Fluch

In Meghalaya befinden sich neben der biologischen Vielfalt viele Reichtümer in der Erde: Kohle, Kalkstein, das Sillimanit und eben auch Uran. Die Uranvorkommen werden in einem Gebiet von rund 1200 Quadratkilometern im südlichen und zentra-

len Teil des Bundesstaates vermutet. In den letzten 25 Jahren hat die Regierungsbehörde für Uran (*Atomic Minerals Division*) an vielen Orten der *Khasi-Bergregionen* nach Uran forschen lassen: in den *West Khasi Hills*, *South West Khasi Hills*, *East Khasi Hills*, in den *Jaintia Hills* und in letzter Zeit auch in den *Garo Hills*.

Dieses Mal will die indische Uran-Gesellschaft (*Uranium Corporation of India Ltd., UCIL*) in großem Umfang den Uranbergbau mit einer Gesamtproduktionskapazität von 375.000 Tonnen pro Jahr starten. Das bedeutet im statistischen Mittel rund 1375 Tonnen pro Tag bei einer Projektlaufzeit von 22 Jahren. Als Ergebnis erwartet werden rund 76 Millionen Tonnen Uran, als Nebenprodukt 320.000 Tonnen Erz mit allerdings geringem Erzgehalt, 35.000 Tonnen Abraum und 180 Tonnen angereichertes Uran. Es ist nicht unbekannt, dass allein der Abbau katastrophale Auswirkungen auf die unmittelbare Umgebung und die Gesundheit der Menschen vor Ort erwarten lässt. Dazu kommen Gruben- und Schachtabwässer, Abflüsse aus Niederschlägen sowie Staub aus den Uranmühlen. Die Rückstände lassen



Wohnhauskonstruktion im Weiler Domiasiat (20 Kilometer entfernt vom Dorf Nongbahjynrim, Meghalaya) in Sichtweite eines mit Uran verseuchten Bohrlochs.

Bild: NEDF

sich nicht abschotten, sie werden vom Wind verweht, durch den Regen ausgewaschen, in den Bächen und lokalen Wasserversorgungssystemen weitergeleitet und unweigerlich weit verbreitet.

Das Uran befindet sich auf den Territorien einheimischer (indigener) Völker. Selbst wenn die UCIL den Bergbau nach 22 Jahren stoppt, bliebe das Land durch die Halbwertszeit von 80.000 Jahren faktisch für immer unbewohnbar. Den indigenen Gemeinschaften drohen daher nicht nur Vertreibung und Verlust der physischen Lebensgrundlage, sondern der Verlust an allem, was mit ihrer ortsgebundenen, kulturellen und spirituellen Existenz zusammen hängt. Soweit zur vermeintlich „sauberen Energie“.

Öffentlicher Protest

Nicht umsonst gehören starke Vorbehalte oder auch vehementer Protest gegen den Uranabbau inzwischen zum alltäglichen Diskurs nicht nur in der Landeshauptstadt. Neben den Sicherheitskräften organisiert UCIL eine Desinformationskampagne und verspricht der lokalen Bevölkerung insbesondere im Projektgebiet Domiasiat bessere Straßen, Brücken, moderne Kommunikationsmittel, Gesundheitseinrichtungen, Schulen für Kinder sowie Investitionen in eine Industrialisierung mit der Aussicht auf längerfristige Arbeitsplätze vor Ort. UCIL lässt aber keinen Zweifel daran, dass die Dörfer im Projektgebiet an andere Orte verlagert werden müssen, sobald der Bergbau in der Region beginnt.¹ Die Betroffenen hatten sich durch Besuche im Uranabbaugebiet in Jaduguda im Bundesstaat Jharkhand von den Folgen überzeugen können: genetische Deformationen, Lungenkrebs und Nierenprobleme bei der lokalen Bevölkerung. An der von UCIL initiierten Visite hatten auch Vertreter/-innen der *Khasi Students Union* (KSU), des Menschenrechtsrates der Völker in Meghalaya (*Meghalaya Peoples Human Rights Council*, MPHRC) und der inzwischen auf-

gelösten Organisation zur Bewahrung des Erbes und der Umwelt (*Heritage and Environment Status Preservation Organisation*, HESPO) teilgenommen.

Im August hatte ein Team der Vereinten NRO-Mission aus Manipur (*United NGO-Mission of Manipur*, UNMM) und des Nordost-Dialogforums (NEDF) zwei Tage lang Dörfer im Südwesten des Khasi Hills-Distrikts besucht und die Folgen der bisherigen Exploration in Augenschein genommen. Im schwer zugänglichen Dorf Nongbah Jynrin konnte das Team zwei Betontanks inspizieren, die die ehemalige Tagebaustelle abdecken sollten. Sie fanden eine mit Rissen durchzogene und allenfalls notdürftig reparierte Abdeckung vor. In der sogenannten Explorationsphase transportierten laut Dorfbewohner(innen) während der Jahre 1994 bis 1995 Hunderte von Lastwagen Uran aus Nongbah Jynrin ab. Ähnliche Zeugenaussagen wurden im Dorf Domiasiat aufgenommen.

In den Dörfern von Phot-ja-ud und Tynnai wurden mehr als hundert kleine Bohrgruben gefunden, die kaum abgedeckt waren und mit einem kleinen Holzstab leicht wieder geöffnet werden konnten. Im Dorf Tynnai hatte ein Erdbeben einen Riss in der Abdeckung über der Uranlagerstätte verursacht, aus dem seither Radon unbeaufsichtigt entweicht. Die Dorfbewohner wussten vor der Visite wenig Genaues über die Gefahren der Strahlenbelastung. Sie berichteten von mindestens 93 Kindern im Alter von 13 bis 15 Jahren, die geistig und körperlich behindert sind. 46 Frauen haben im Zeitraum 2009-2015 eine Fehlgeburt erlitten. Solche Ergebnisse fechten UCIL nicht an. Stattdessen setzt das Unternehmen alles daran, mit Unterstützung der Zentralregierung und der mit Geld geköderten Landesregierung das Uran abzubauen.

Die organisierte Opposition qualifiziert das Vorgehen von UCIL, Landes- und Zentralregierung als rechtswidrig.

Sie wendet sich an die Öffentlichkeit und hebt darauf ab, dass Notstandsgesetzgebung und Streitkräfte eingesetzt werden, um etwa das international etablierte Konsultationsverfahren der freien, vorherigen und vollumfänglich informierten Zustimmung² sowie eine Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtseinschätzung zu umgehen. Nicht zuletzt werden Reisen in das geplante Uranabbaugebiet erschwert oder verhindert.

Alle Informationen dazu wurden seit 2016 an verschiedene Einrichtungen der Vereinten Nationen in Genf geschickt: mehrere Ausschüsse zu einzelnen Menschenrechtsverträgen, an die Länderabteilung beim Hochkommissariat für Menschenrechte, an mehrere Expert(inn)en aus dem Kreis einschlägiger Sonderberichterstatter/-innen. Dieser Hebel über die internationale Aufmerksamkeit wird wohl dazu beigetragen haben, dass der Ministerpräsident von Meghalaya im Juli 2016 die 2009 erteilte Genehmigung zur Exploration für UCIL aufgehoben hat. Ebenso kündigte er zu Jahresbeginn 2017 der KHADC den Vertrag über verabredete Projekte (*Memorandum of Understanding*, MoU). Entscheidend dafür war ohne Zweifel aber der Protest in Meghalaya. Der Konflikt ist damit allerdings nicht beendet.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zum Autor



P.B.M. Basaiawmoit (PhD) ist ehemaliger Vizepräsident des Nationalen Rates der Kirchen in Indien (NCCI) und übt im Moment das Amt des Vorsitzenden des Ausschusses für Frieden und Gerechtigkeit bei den Presbytern aus. Er engagiert sich seit über 35 Jahren für Menschenrechte und eine saubere Umwelt.

Endnoten

¹ *The Telegraph*, Kolkata, 21 August, 2003

² *Free, Prior and Informed Consent*.